

Budgetrede NEOS/Swatek 29.Juni 2017

Sehr geehrter Bürgermeister,
sehr geehrter Finanzstadtrat,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Zuseherinnen und Zuseher auf der Tribüne!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
Sie wurden 2003 das erste Mal als Bürgermeister angelobt.
Seitdem ist in jedem Ihrer Budgets ein eindeutiger Kurs erkennbar.
Die Neuverschuldung.
Das von uns heute zu beschließende Doppelbudget für die Jahre 2017
und 2018 ist dabei keine Ausnahme, und das obwohl uns unter
Finanzstadtrat Rüschi noch versprochen wurde, dass ab 2017 der
Schuldenstand wieder erstmals sinken sollte.

94 Mio Euro neue Schulden sind in diesem Budget geplant .
Jeder wahlberechtigten Grazerin und jedem wahlberechtigten Grazer
wird damit ein Schuldenrucksack von € 5.640,-- umgehängt.
Bis 2022 soll der Schuldenstand in Graz sogar um weitere 500 Mio auf
1.6 Mrd Euro steigen.

Diese stetige Schuldenpolitik betrifft besonders die Jugend und die
nächsten Generationen, der Sie Herr Bürgermeister einen
Schuldenrucksack umhängen, den sie ihr ganzes Leben lang abarbeiten
müssen.

Diese Art der Politik auf Kosten der Jungen ist unverantwortlich.

Ein Großteil der neu aufgenommenen Schulden fließt bekanntlich ja in den
Investitionsfond, besser bekannt als die Black Box.

Hier wird eine Summe für die Investition in Projekte freigehalten. Da gibt
es jetzt eine Wunschliste, was man mit dem Geld alles machen könnte.

Was aber genau damit passiert, entscheidet man erst.

Mit allem Respekt, aber für mich wirkt das so, als würde es Ihnen als
Stadtregierung einfach an Mut fehlen, sich auf konkrete Projekte zu
einigen.

Oder Ihnen fehlt es an den richtigen Ideen für die Zukunft unserer Stadt und sie versuchen mit dieser Black Box noch möglichst lange Zeit zu gewinnen, bis Ihnen endlich die richtigen Ideen einfallen, die es Ihrer Meinung nach wert sind, gefördert zu werden.

Ich persönlich halte es für unverantwortlich, so viel Geld für einen Topf zu beschließen, bei dem noch nicht fix ist, wofür er genau verwendet wird und auch den Steuerzahlern muss bei dem Gedanken schwarz vor Augen werden, noch keinerlei genaue Informationen über die Verwendung einer so hohen Summe im Budget zu haben.

Neben dem Aufbau neuer Schulden planen Sie, Ihr Budget in Zukunft auch wieder durch die Erhöhung von Gebühren, Abgaben und Entgelten zu finanzieren und damit Politik auf Kosten aller Grazerinnen und Grazer zu machen. Die Erhöhung von Gebühren und Abgaben belastet aber besonders einkommensschwächere Grazerinnen und Grazer. Mit einer heimlichen Steuer auf den Rücken dieser sein Budget zu finanzieren, erachte ich weder als sozial noch als fair.

Tja und dann gibt es ja noch die Budgetsperre. 2018 werden 5 % der Subventionen erst einmal nicht ausbezahlt, um die Entwicklung des Budgets abzuwarten. Dies betrifft natürlich besonders die Grazer Vereine. Ausgenommen von dieser Regelungen ist natürlich die Förderung von Parteien mit der Klubförderung.

ÖVP&FPÖ kommen also trotz der höchsten kommunalen Parteienförderung Europas mit 2,4 Millionen Euro nicht einmal im budgetären Worst Case auf die Idee, einmal zuerst bei sich selbst zu kürzen.

Ganz im Gegenteil: mit diesem Budget wurde die Parteienförderung sogar um weitere 16 Cent pro Wähler erhöht. Gesamt ergibt dies neben der Erhöhung durch die steigende Anzahl an Wahlberechtigten in Graz eine nochmals zusätzliche Erhöhung um rund € 36.600,00.

In der Stadt mit der bereits höchsten Parteienförderung Europas eindeutig das falsche Signal, wenn man auf weitere Verschuldung und die Finanzierung seiner Investitionen durch die Erhöhung von Gebühren und Abgaben auf besonders einkommensschwache Grazerinnen und Grazer setzt.

Ein Budget ohne neue Projekte, ein Budget, das den längst überfälligen und dringend notwendigen Straßenbahnausbau zu Grabe trägt, kann daher nur als Budget der Innovationslosigkeit bezeichnet werden. Den Regierungsparteien fehlt es an Mut und Innovation, echte Reformen anzugehen und das Budget der Stadt Graz wieder auf Vordermann zu bringen. Stattdessen setzt die ohnehin stark verschuldete Stadt auf weitere Verschuldung und eine jährliche Erhöhung von Gebühren, Abgaben und Entgelten. Man erhöht sich selbst wieder die Parteienförderung und ist auch im Worst Case nicht bereit, bei sich selbst zu sparen. Wichtige Reformen, wie die Kürzung der Parteienförderung auf ein europaweites Niveau oder ein Ende von Luxuspensionen (kann mir ja niemand erklären, dass es fair ist z.B. € 14.000,00 Pension pro Monat zu erhalten) werden nicht angegangen. Ich werde dem Budget daher nicht zustimmen.